

Niederschrift
über die Sitzung des Rates
am Dienstag, dem 27.03.2007

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- | | |
|---|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 30.01.2007 |

II. Eingaben an den Rat

- | | | |
|---|-------------------|---|
| 3 | 04 - 14 0616/2007 | Antrag auf Bezusschussung eines Bolzplatzes in Vrasselt |
| 4 | 04 - 14 0631/2007 | Befestigung des Parkplatzes an der Platzanlage des VfB Rheingold 07 e. V. Emmerich am Rhein |
| 5 | 05 - 14 0621/2007 | Bänke auf der Gastromeile |
| 6 | 05 - 14 0630/2007 | Verkehrsaufkommen auf der Straße "Auf dem Spilling" |

III. Vorlagen

- | | | |
|----|----------------------|---|
| 7 | 02 - 14 0620/2007 | Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2006 |
| 8 | 02 - 14 0618/2007 E1 | Haushaltssatzung 2007;
hier: Beschlussfassung |
| 9 | 02 - 14 0634/2007 | Touristik-Agentur NiederRhein GmbH;
hier: Künftige Ausrichtung |
| 10 | 05 - 14 0619/2007 | Parkraumbewirtschaftungskonzept Innenstadt Emmerich am Rhein;
hier: Grundsatzbeschluss |
| 11 | 15 - 14 0633/2007 | Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten |
| 12 | 70 - 14 0623/2007 | Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein;
hier: 5. Nachtragssatzung |
| 13 | 70 - 14 0624/2007 | Neufassung der Beitragssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein |
| 14 | 70 - 14 0632/2007 | Änderung der Anlage zur Straßenreinigungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein vom 13.12.2006;
hier: 1. Nachtragssatzung |

IV. Anträge an den Rat

15	03 - 14 0617/2007	Betriebskostenzuschuss der Stadt an PAN Förderverein e. V.
16		Mitteilungen und Anfragen
17		Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut
 Arntz, Anneliese
 Bartels, Gerd-Wilhelm
 Beckschaefer, Christian
 Bongers, Sandra
 Braun, Elisabeth
 Brink ten, Johannes
 Diekman, Rolf
 Elbers, Markus Herbert
 Gertsen, Gerhard
 Gies, Norbert
 Hinze, Peter
 Hövelmann, Gabriele
 Koster, Gregor
 Kukulies, Christoph
 Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
 Labod, Jörg
 Lang, Hermann
 Lorenz, Marianne
 Mölder, Manfred
 Offergeld, Birgit
 Roebrock, Wilhelm
 Sickelmann, Ute
 Siebers, Sabine
 Slood, Birgit
 Spiegelhoff, Werner
 Spiertz, Andre
 Tepas, Udo
 Trüpschuch, Elke
 Ulrich, Herbert
 Weicht, Sigrid

entschuldigt fehlen:

Brockmann, Manfred
 Jansen, Albert
 Jessner, Udo
 Kulka, Irmgard
 Went, Uwe

Von der Verwaltung: Bürgermeister Diks, Johannes
als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs, Stefan
Stadtkämmerer Siebers
Arntz, Gregor
Berk, Melanie
Gürtzgen, Stefan
Holtkamp, Günter
Kemkes, Jochen
Kleipaß, Herbert
Kraayvanger, Jürgen
Lebbing, Martina
Runge, Ulrich
Schlitt, Karin
Schnieders, Elisabeth
Evers, Marita (Schriftführerin)

Vom Eigenbetrieb KBE: Gruyters, Klaus

Als Gäste Schoppmann, Bernd
Welmans, Johannes

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Rates um 17.00 Uhr. Er begrüßt die Damen und Herren des Rates, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie die Einwohner.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

I. Öffentlich

1 Einwohnerfragestunde

1. Befestigung des Parkplatzes an der Platzanlage des VfB Rheingold 07 e. V. Emmerich am Rhein;
hier: Anfrage von Herrn Rainer Fels

Herr Fels bezieht sich auf die Eingabe des VfB Rheingold und fragt vor dem Hintergrund der Bezuschussung des SV Vrasselt nach, wann der Parkplatz des VfB Rheingold eine Befestigung bekommt und nicht wie jetzt zugesagt, eine provisorische Ausbesserung. Er weist darauf hin, dass der Parkplatz weiterhin von den Besuchern des Embicana-Spaßbades, des TC Rot-Weiß und, wenn Veranstaltungen sind, auch von Besuchern des Stadions genutzt wird und fragt nach, welche Lösung von der Verwaltung vorgeschlagen wird.

Außerdem erwähnt Herr Fels, dass seit der Fußball-WM durch den großen Zulauf von Jugendlichen die Kapazität der Platzanlage sehr beengt ist. Mittlerweile besteht der Verein aus 17 Jugend- und Schülermannschaften sowie fünf Seniorenmannschaften. Er fragt nach, ob die Möglichkeit besteht, nach Schließung der Kaserne, den dortigen Sportplatz, nach erforderlicher Renovierung, zu nutzen.

Ferner informiert Herr Fels die Verwaltung, dass der VfB beabsichtigt zum 100-jährigen Jubiläum eine Handballmannschaft einzurichten. Er fragt nach, ob von Seiten der Verwaltung Unterstützung zugesagt werden kann.

Der Vorsitzende bezieht sich bei der Beantwortung der ersten Frage auf den Tagesordnungspunkt 4 der heutigen Sitzung. Von der Verwaltung wird zugesagt, die Schlaglöcher bis zu den Jubiläumsfeierlichkeiten durch den Bauhof auffüllen zu lassen

Grundsätzlich bemerkt er, dass in der Sitzung des Stadtverbandes für Sport von Seiten des Kreises Kleve ein Lob für die Förderung hinsichtlich der sportlichen Arbeit ausgesprochen wurde. Aus der Bezuschussung für den SV Vrasselt hat sich eine Kettenreaktion auf weitere Zuschüsse ergeben (weitere Anfragen von Sportvereinen liegen der Verwaltung vor), die von der Verwaltung abgearbeitet werden müssen.

Die zweite Frage beantwortet der Vorsitzende dahin gehend, dass noch nicht feststeht, wie das Gelände der Bundeswehr weiterhin genutzt wird. Im Zusammenhang mit der Bauleitplanung ist die Verwaltung und Politik involviert, zum derzeitigen Zeitpunkt kann hierzu noch keine Antwort gegeben werden. Betreffend der Einrichtung einer Hallenhandballmannschaft schlägt er vor, diese Bitte zunächst dem Stadtsportbund vorzutragen.

2. Grünfläche der Verwaltung am Spillingscher Weg;
hier: Anfrage von Herrn Nikolaus Roßmüller

Herr Roßmüller spricht eine Grünfläche am Spillingschen Weg Flur 9 Flurstück 13 an, die der Stadt gehört. Diese Fläche ist von Anrainern stark beschädigt worden, so dass sie sich nicht mehr erholen kann. Er bittet die Fläche auf Kosten der Verursacher sanieren zu lassen und eine Bodenprobe durchführen zu lassen.

Der Vorsitzende sagt eine Bearbeitung im Ausschuss für Stadtentwicklung zu.

2 **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 30.01.2007**

Mitglied Beckschaefer bittet im Tagesordnungspunkt 8 a) das Abstimmungsergebnis zu korrigieren. Das Abstimmungsergebnis lautet 26 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 8 Enthaltungen.

Weitere Einwände gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

II. **Eingaben an den Rat**

3 **04 - 14 0616/2007 Antrag auf Bezuschussung eines Bolzplatzes in Vrasselt**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Stellungnahme der Verwaltung zu verfahren, abstimmen.

Verweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

4 04 - 14 0631/2007 Befestigung des Parkplatzes an der Platzanlage des VfB Rheingold 07 e. V. Emmerich am Rhein

Mitglied Kukulies stellt den Antrag, dem VfB Rheingold 07 e. V. einen Zuschuss von 10.000 Euro zu gewähren. Als Deckungsvorschlag schlägt er vor, die Planungskosten für den Tichelkamp (Aufhebung Bahnübergang Sonderwykstraße) um 10.000 Euro zu kürzen, weil er eine Umsetzung in diesem Jahr nicht für realistisch hält

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beschluss

Der Rat beschließt dem VfB Rheingold e. V. einen Zuschuss von 10.000 Euro zu bewilligen.

Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 23 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

Somit ist der Antrag von Mitglied Kukulies abgelehnt

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Eingabe wurde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 13.03.2007 behandelt.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat im Haushalt 2007 keine betragsmäßige Berücksichtigung des Begehrens vorzusehen. Verwaltungsseitig wird - wie bereits vor der Eingabe des VfB Rheingold geschehen - zugesagt, die Schlaglöcher bis zu den Jubiläumsfeierlichkeiten durch den Bauhof auffüllen zu lassen.

Der Rat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

5 05 - 14 0621/2007 Bänke auf der Gastromeile

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Stellungnahme der Verwaltung zu verfahren.

Diese Angelegenheit ist bereits mehrfach aufgrund von Pressemitteilungen und im Rahmen der Einwohnerfragestunde des ASE am 03.05.2006 vorgetragen worden.

Diese Frage ist unter Verweis auf das vom Rat beschlossene Gesamtkonzept der Rheinpromenade insofern beantwortet worden, dass die Rheinpromenade zunächst fertig gestellt werden soll. Dies wurde auch vom Fachausschuss akzeptiert.

An dieser Sachlage hat sich bis heute nichts geändert. Der Rheinpromadenbau steht kurz vor dem Abschluss. Im Bereich der Wohnzone sind abweichend zur Gastrozone deutlich mehr Bänke und Sitzgelegenheiten aufgestellt worden, so dass deutlich wird, dass das Sitzflächenangebot auf der Gesamtpromenade ausreichend ist.

Die Verwaltung ist nach wie vor der Auffassung, nach einer Beobachtungsphase (mind. 1 Saison) festzulegen, ob ggf. weiterer Ausstattungsbedarf besteht.

Beratungsergebnis: 29 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

6 05 - 14 0630/2007 Verkehrsaufkommen auf der Straße "Auf dem Spilling"

Mitglied Lang stellt den Antrag, gemäß Stellungnahme der Verwaltung zu verfahren.

Verweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

III. Vorlagen

7 02 - 14 0620/2007 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2006

Stadtkämmerer Siebers erläutert die Vorlage.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein verweist die Vorlage an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses 2006 gem. § 101 Abs. 1 GO NW (a. F.).

Der Ausschuss hat sich gem. § 101 Abs. 6 GO NW zur Durchführung dieser Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes zu bedienen.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**8 02 - 14 0618/2007 E1 Haushaltssatzung 2007;
hier: Beschlussfassung**

Der Vorsitzende gibt das Wort an die Vorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen.

Mitglied Gertsen, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der Haushaltsentwurf, der in den letzten Wochen in den einzelnen Ausschüssen beraten, ergänzt und verändert wurde, liegt nun zur Verabschiedung dem Rat der Stadt Emmerich am Rhein vor. Nun gibt es ganz sicher unterschiedliche Sichtweisen an das Zahlenwerk heranzugehen und es zu bewerten. Steuererhöhungen - das wissen wir - sind unpopulär, auch wenn sie noch so maßvoll vorgenommen werden, und die Kürzung von freiwilligen Leistungen ist ebenso verpönt. Aufgaben vom Bund oder der Landesregierung von NRW, die den städtischen Haushalt zusätzlich stark belasten - wie bei der Finanzierungsbeitrag an den Unterkunftskosten für ALG II-Empfänger und der Krankenhausfinanzierungsbeitrag - sind im Voraus fast nicht planbar und bieten noch einmal Gelegenheit über die Regierenden in den jeweiligen Parlamenten (und da ist die CDU nun mal nicht ganz unbeteiligt) heute zu schimpfen und zu wettern. Wer also punkten möchte und als Retter des städtischen Haushalts auftreten will, hat hier und heute eine schmale Plattform, auf der er sich noch einmal kurz profilieren kann.

Die CDU-Fraktion wird dem Rat heute dennoch die Zustimmung zur vorliegenden Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2007 mit dem Haushaltsplan und den Anlagen, mit den Positionen der vorliegenden Veränderungsliste, dem Stellenplan 2007, sowie dem Investitionsprogramm 2007 bis 2010 empfehlen und für eine breite Unterstützung werben. Ich stelle hiermit schon einmal den entsprechenden Antrag.

Wir glauben, uns mit dem Zahlenwerk zum Haushalt 2007 in einem Rahmen zu bewegen, der für die Stadt Emmerich am Rhein vertretbar ist und den wir aus unserer Verantwortung heraus mittragen können.

Verantwortung ist vielleicht sogar der Gradmesser, an dem sich Politik in einer Stadt oder Gemeinde messen lassen muss. Verantwortung übernehmen hört nicht an der Stelle auf, an der man z. B. dem Haushalt 2006 zugestimmt hat. Dazu gehört auch Verantwortung zu übernehmen, wenn wesentliche Vorgaben - wie der Zufluss aus Gewerbesteuerereinnahmen - sich verändert hat und man schauen muss, wie man die Gemeinde handlungsfähig hält. Verantwortung begrenzt sich nicht darauf, landauf landab das hohe Lied des Sparens zu singen und sich dann populistisch bei der Sportförderung und beim Karneval die Spendierhosen anzuziehen. Verantwortung gegenüber der uns nachfolgenden Generation beinhaltet ganz sicher einen verantwortungsvollen Umgang mit den Finanzen aber zu der Gesamtverantwortung gehört es auch, die Stadt lebens- und liebenswert zu gestalten. Die Stadt so zu gestalten, dass sich junge Menschen dazu entscheiden können ihren Lebensmittelpunkt in dieser Stadt anzusiedeln und die Stadt so zu gestalten, dass auch alte Menschen sich hier wohl fühlen und hier ihren Lebensabend verbringen mögen.

Die wesentliche Aussage zum Haushalt 2007 ist doch die, dass es uns gelingt einen strukturellen Ausgleich im Haushalt herzustellen und in der Perspektive bis zum Jahre 2010 handlungsfähig zu bleiben. Damit gehören wir bereits zum kleineren Kreis der Städte in Nordrhein-Westfalen, die dazu noch in der Lage sind. Dies gelingt uns z.B. durch Einsparungen in der laufenden Verwaltung und es gelingt, obwohl wir auch weiterhin in unsere Stadt investieren.

Eine Diskussion, die sich darauf reduziert, Finanzpositionen gegeneinander zu stellen, die da heißen „Kinder oder Steine“ oder „Schule oder Straße“ greift an der Stelle zu kurz. Wir haben in den letzten Jahren die Mittel für die Schulen so bereitgestellt, dass die Schulen auf einem guten Niveau arbeiten können, auch wenn hier und da die Wünsche größer waren als das Machbare. Die Schulen werden auch in den nächsten Jahren unsere volle Aufmerksamkeit haben und der Ausbau von Ganztagschulen wird hier wahrscheinlich zusätzlich das Tempo vorgeben.

Die CDU Fraktion ist fest davon überzeugt, dass die eingestellten Planungskosten für eine Neugestaltung der Steinstraße - für die es ja bereits einen gültigen Ratsbeschluss gibt - in diesem Jahr nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig sind, um den Ausbau schnellst möglich vorzunehmen, wenn die Finanzierung machbar erscheint. Alle, die für eine Öffnung der Steinstraße für den Autoverkehr plädiert haben, sollten daran interessiert sein die suboptimale Beziehung von Fußgängern, Radfahrern, Ausstellungsfläche und dem Autoverkehr zu entflechten. Zunächst der Ausbau des Parkplatzes „Hinter dem Engel“ und dann die Steinstraße, das werden die Projekte sein, die für die Innenstadt in einem kurzen Zeitfenster noch abzuarbeiten sind. Dann haben sowohl die Händler als auch die Anwohner der Innenstadt ein Anrecht darauf, für möglichst lange Zeit von Baggern und Baustellen verschont zu bleiben, um Handel und Wohnwert ihres Umfeldes auch wahrnehmen zu können.

Ich glaube, es hat sich in den letzten Jahren vieles verändert in unserer Stadt. Viele dieser Änderungen sind für jeden sichtbar und augenscheinlich geworden. Die Kaßstraße weist nach ihrer Neugestaltung wesentlich weniger Leerstände auf, die Rheinpromenade wird von den Emmerichern und den Gästen hervorragend angenommen und auch der „Alter Markt“ präsentiert sich in einem völlig veränderten Gesamteindruck. Eine wesentliche Veränderung, die diese Stadt erfasst hat, lässt sich aber gar nicht an irgendeinem Platz oder einer Straße ablesen. Diese Veränderung nimmt man nur wahr, wenn man mit offenen Ohren auf dem Wochenmarkt oder der Rheinpromenade verweilt und dort feststellt: Hallo, das waren ja Emmericher, die sich da positiv über ihre Stadt geäußert haben. Es wird nicht mehr alles pauschal heruntergeredet und schlecht gemacht. Die Zeit der „ständigen Bedenkenträger“ hat offenbar keine Hochkonjunktur mehr, die Sichtweise der Emmericher ist zwar bisweilen kritisch aber nach vorne gewandt. Es macht auch wieder Spaß mit Emmerichern über diese „unsere“ Stadt zu sprechen und ihre Zustimmung, ihre Anregungen und Wünsche zu vernehmen und nicht alles von Schwarzmalern in einem tiefen Grau ausgemalt zu bekommen. Vielleicht gelingt es ja diese Sicht- und Denkweise auch noch in Teile des Rates zu übertragen.

Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen, in der wir leben, das haben sich schon heute viele Menschen in unserer Stadt zu Eigen gemacht. Da sind die Unternehmer, die Arbeitsplätze bereitstellen und sich auch in der Verantwortung sehen, jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen. Da sind die vielen Ehrenamtlichen in unterschiedlichen Vereinen und Verbänden, die sich um junge und alte Menschen bemühen. Kindergärten und Schulen, die den Kindern das Rüstzeug vermitteln, einmal selbstständiges und verantwortungsvolles Handeln an den Tag zu legen. Da sind die ungezählten Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich um die Erziehung ihrer Kinder aber auch um die Pflege ihrer Angehörigen kümmern.

Wir müssen aber auch erleben, dass nicht alle Menschen in ihrem Umfeld mit ihrer Rolle in dieser freiheitlichen Gesellschaft verantwortungsvoll umgehen. Manchmal sind es nur die Kleinigkeiten, die zu großem Unmut führen, wenn sie geballt auftreten. Weggeworfene Zigarettenstummel, Kaugummi auf dem Straßenpflaster oder zunehmende Verunreinigung durch Hundekot - überall stellt sich die Frage nach der Verantwortung des Einzelnen. Eine Stadt wie Emmerich oder genauer gesagt unsere Gesellschaft an sich, wird auch zukünftig weder finanziell noch personell in der Lage, mangelndes Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen auszugleichen. Aber dort, wo wir Fehlverhalten wahrnehmen, benötigen wir Zivilcourage, um Fehlverhalten nicht als Normalzustand zu akzeptieren. Das gilt genauso und uneingeschränkt für heruntergekommene Häuserfronten im Straßenbild, wie für den Unrat vor der eigenen Haustür oder dem eigenen Geschäftslokal.

Weitab ihrer Verantwortung bewegt sich da seit geraumer Zeit die Deutsche Bahn. So löblich es ist, dass aufgrund privater Initiative und persönlichem Einsatz das Bahnhofgebäude nun bald einen neuen Anstrich bekommt, darf man doch daran erinnern, dass es sich um ein Objekt der Bahn handelt, das nun mit breiter Unterstützung quasi für die Bahn renoviert wird. Verantwortung für das Schienennetz oder die Übergänge an diesem Schienennetz - all das scheint nicht im Verantwortungsbereich der Bahn zu liegen. Wenn Verantwortung sich darauf beschränkt, mit Güterverkehr einen größtmöglichen Gewinn zu erzielen und sich für den Börsengang fit zu machen und die Menschen an der Strecke bleiben mit den Beschränkungen und den Belastungen zurück, dann bekommt die Bahn zunehmend ein Akzeptanzproblem. Ich vermag nicht abzuschätzen, wie lange die Menschen noch gewillt sind, diese Vorgehensweise zu dulden.

Der Rat der Stadt Emmerich hat vor geraumer Zeit ein Übergangsbeseitigungskonzept beschlossen, das allen Verfahrensbeteiligten ermöglicht, weitere Schritte einzuleiten, zu planen und die Ausführung in Gang zu bringen. Die Zeit in der Bund, Land und Bahn sich gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben - zu Lasten der Menschen, die mit den Einschränkungen leben müssen - muss endgültig ein Ende haben.

In den nächsten Tagen wird der Focus der Öffentlichkeit auf diese unsere Stadt gerichtet sein und wir hoffen, dass der Lichterglanz auch über den 22. April hinaus noch lange das Antlitz der Stadt weithin sichtbar erstrahlen lässt. Mit Blick auf die gerade erst begonnene Sommerzeit darf ich zum Schluss kommen mit einem Zitat von Georg Christof Lichtenberg, das da lautet: „Man kann die Uhr zurückdrehen, aber nicht die Zeit.“ Lassen Sie uns also die Zeit nutzen, die uns gegeben ist, Positives für unsere Stadt zu gestalten und damit den Lichterglanz der kommenden Tage lange zu erhalten.

Ich darf mich im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Gesellschaften und Eigenbetriebe sowie beim Bürgermeister, Beigeordneten und Kämmerer bedanken für die breite Unterstützung der politischen Arbeit und für den persönlichen Einsatz, in dem Sie sich die Anliegen der Stadt Emmerich und die Anliegen der Menschen in dieser Stadt zu eigen machen.

Ich verweise auf meinen eingangs gestellten Antrag und bitte um Ihre Zustimmung."

Mitglied Diekman, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
wir haben es alles gewusst und wir haben es immer wieder gesagt. Es wird wieder schwierige Haushaltsjahre geben. Jetzt ist es geschehen und es ist kein Grund in Panik zu verfallen. Nach vielen guten Haushaltsjahren mit hohen Investitionen und ohne Steuererhöhungen und -kürzungen liegt nun ein Haushalt vor, der ohne diese Maßnahmen nicht ausgeglichen werden kann.

Die Gründe für diese Haushaltslage sind nicht hausgemacht, sie haben ihre Ursache nicht im Handeln der Verwaltung oder in einer falschen Politik des Rates, denn im Wesentlichen, in einer von uns nicht zu beeinflussenden Verminderung der Gewerbesteuer und einer erheblichen Netto-Mehrbelastung aus Hartz IV zu suchen und so auch entstanden. In dieser Situation haben wir uns bemüht, die Lasten gleichmäßig und in vertretbarem Maß auf alle zu verteilen.

Maßvolle Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer sowie ertragbare Kürzungen freiwilliger Leistungen waren nicht zu vermeiden. Natürlich trifft das nicht auf die freudige Zustimmung der Betroffenen. Aber ich denke, wir können uns hier mit einer guten Familie vergleichen. Wenn das Familieneinkommen sinkt, müssen alle Familienmitglieder, nach ihren Möglichkeiten dazu beitragen, dass die Familienkasse nicht überstrapaziert wird. Das wir die von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen der Zuweisungen an die Vereine, zu einem großen Teil wieder zurückgenommen haben, zeigt allerdings, dass wir die Möglichkeiten einiger Familienmitglieder etwas anders einschätzen, als die Verwaltung. Das gleiche gilt für die Ausstattung unserer Schulen, mit den Mitteln aus den Schülerpauschalen. Wir wollen hier nicht kürzen, wir wollen stattdessen deutlich machen, dass uns an der guten Ausbildung unserer Kinder etwas liegt. Deshalb werden wir auch unser Versprechen einhalten, die Maßnahmen, die aufgrund der Haushaltssperre im Jahre 2006 an den Schulen nicht durchgeführt werden konnten, in 2007 nachzuholen.

Im Übrigen stehen wir auch dazu, dass wir die Erhöhung der Steuer, als notwendiges Übel in unserer gegenwärtigen Situation betrachten. Sollte sich unsere Haushaltslage nachhaltig bessern, werden wir dafür sorgen, dass wir sowohl bei der Grund- als auch bei der Gewerbesteuer zu den fiktiven Hebesätzen zurückkehren.

Die Zustimmung zu diesem Haushalt wurde uns dadurch erleichtert, dass die Verwaltung hier ohne wenn und aber, ihre Hausaufgaben gemacht hat. Die Mehrwertsteuererhöhung wurde bei den Ansätzen für die allgemeinen Verwaltungsaufgaben aufgefangen und obendrein noch eine 5 %-Kürzung erreicht. Herr Bürgermeister, alle Achtung und meine Damen und Herren der Verwaltung, das kann sich ohne weiteres sehen lassen. Auch wenn der Haushalt 2007 nicht nur Grund zur Freude bietet, sollten wir uns die Erfolge der letzten fünf Jahre nicht klein reden lassen.

Emmerich ist wieder da.

Wir bleiben Vorbild für viele bei der Kinderbetreuung. Wer das Hickhack, um Solarstrom am Reeser Schulzentrum verfolgt hat, kann einschätzen, was bei uns in aller Stille geleistet worden ist. Auch bei unserer kommunalen Energiepolitik sind wir vorbildlich.

Unsere neu gestaltete Innenstadt ist sichtbarer Ausdruck unseres neuen Selbstbewusstseins. Die Rheinpromenade ist eine Erfolgstory. Selbst das Rheincenter erhält mit der Ansiedlung von C & A und dem neuen Eingangsbereich eine zweite Luft. Gerade bei der Innenstadtgestaltung werden wir nicht nachlassen. Wir halten es für wichtig, dass auch die Steinstraße eine Chance verdient hat, durch die Umgestaltung und dementsprechend auch sich besser darstellt. Natürlich gibt es auch hier wieder die ewigen Nörgler. Die glauben machen wollen, dass sei alles völlig falsch oder nicht erforderlich. Das haben sie auch schon bei der Kaßstraße, der Rheinpromenade und beim "Alter Markt" gesagt. Bei der Einweihung stehen sie dann immer in der ersten Reihe, direkt im Blickwinkel der Fotokamera. Nein, wir wollen, dass auch die Steinstraße erneuert wird, ebenso wie der Neumarkt und der Rheinpark.

An Aufgaben in der Zukunft mangelt es uns nicht. Eine große Herausforderung wird die Schließung der Kaserne bedeuten. Nicht nur, weil wir eine Nutzung für das Gelände finden müssen, die unsere anderen Gewerbegebiete nicht beeinflusst, sondern auch, weil wir den Verlust von Einwohnern und Kaufkraft bewältigen müssen. Man soll sich das nicht zu leicht vorstellen. Die wesentlichen Probleme Emmerichs in den 90er Jahren beruhten im großen Teil darauf, dass der Zoll und die Grenzspeditionen, wo die geschlossen wurden und ungefähr 2.000 Einwohner Emmerich verließen oder die nicht neu besetzt wurden und dementsprechend an Kaufkraft fehlte. Bei solchen Problemen wünscht man sich eine Landesregierung, die ihre Finanzprobleme nicht zu Lasten der Gemeinden löst. Die Wirklichkeit spricht eine andere Sprache.

Kürzung der Zuschüsse für Kindergärten, Kürzungen der Mittel für die offene Ganztagsgrundschule, Verdoppelung der Krankenhauspauschale, alleine der letzte Posten ist schon eine Mehrbelastung für die Stadt von 150.000 Euro im Jahr. Es gibt ein Sprichwort, "Wer solche Freunde hat...", den Rest lasse ich weg.

Zu allem Überfluss sollen jetzt auch noch die Möglichkeiten der Gemeinden drastisch beschnitten werden in ihren Betrieben, wie den Stadtwerken, wirtschaftlich und erfolgreich zu arbeiten. Das nennt man Privatisieren von Gewinnen und Sozialisieren von Verlusten. Die Zeche zahlt der Bürger.

Uns und mir fehlt jedes Verständnis dafür, dass die CDU hier gegen den Widerstand, selbst der eigenen Parteifreunde vor der FDP, einknickt. Wenn man das Einknicken betrachtet: einem solchen Knicks vor der FDP haben wir auch die grandiose Idee zu verdanken, dass demnächst bei der Bürgermeisterwahl auf die Stichwahl verzichtet werden soll. Bei der Entwicklung der Wahlbeteiligung ist dann durchaus denkbar, dass wir zukünftig von Bürgermeistern regiert werden, deren Zustimmung in der Bevölkerung im einstelligen Prozentbereich liegen. Das ist ja auch die einig Chance der FDP einen Bürgermeister zu stellen.

Wie schon im letzten Jahr erwähnt, verlangen wir, dass der dritte Autobahnanschluss nicht ohne Ausbau der L 90 erfolgt. Wenn sich die Landesstraßenbauverwaltung hier genauso professionell verhält wie beim Umbau der Anschlussstelle `s-Heerenberger Straße, kann einem Angst und Bange werden. Nach dem ganzen Ärger über das "in Sand gesetzte Geld" für einen unnützen Umbau und den mit niemand abgestimmten Sperrungen und Umleitungen kommen die Herren jetzt hoffentlich auf die spontane Idee, dass eine Ampelanlage nötig wäre. Und um vergleichbarem beim dritten Autobahnanschluss vorzubeugen, an dieser Stelle noch einmal ganz klar, keine Zustimmung der Stadt Emmerich für einen Anschluss ohne gleichzeitigen Umbau der L 90.

Ich komme zum Schluss, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, der Haushalt des Jahres 2007 bietet zum Jubeln keinen Anlass. Er ist mit den vorgesehenen maßvollen Steuerungen und Kürzungen erforderlich, um die Handlungsfähigkeit der Stadt Emmerich mittelfristig zu sichern. Wir stimmen ihm deshalb zu. Schönen Dank, dass Sie mir zugehört haben."

Mitglied Beckschaefer, Vorsitzender der BGE-Ratsfraktion:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die BGE hat 2005 und 2006 der Haushaltssatzung zugestimmt. Wir haben aber schon 2006 deutlich vor der sich anbahnenden Finanzsituation gewarnt. Den Haushalt 2007 wird die BGE diesmal nicht mit tragen, denn er ist wieder von einem unberechtigten Zweckoptimismus geprägt. Zur Erinnerung: Im Haushalt 2006 steht wörtlich „nach 2007 sind in den Folgejahren keine Kreditaufnahmen erforderlich“. Zehn Monate nach Verabschiedung dieses Haushaltes werden aber Kredite von 3,9 Mio. € in 2008 und 2009 benötigt, in 2007 sogar 3,8 Mio., insgesamt also 7,7 Mio. Euro. Das zeigt mal wieder, dass städtische Haushaltspläne einen äußerst kurzen Halbzeitwert haben.

Auch in 2007 wird wieder zweckoptimistisch behauptet, der strukturelle Ausgleich sei in 2010 erreicht. Wie lange wird denn diese Aussage halten? Und dabei hat der heutige Bürgermeister vor der Wahl 2004 vollmundig erklärt „Wir achten auf die Finanzen“ und jetzt wörtlich „Durch eine strikte Haushaltsdisziplin werden wir die städtischen Haushalte ausgeglichen gestalten und dafür sorgen, dass die Verschuldung der Stadt schrittweise gesenkt wird, ohne Steuern und Gebühren zu erhöhen“. Nachzulesen auf der Homepage „Johannes-Diks.de“ und „cdu-emmerich.de“

Fakt ist allerdings, dass die Gewerbesteuer von 403 % auf 425 % erhöht wird, die Grundsteuer B von 381 % auf 400 %. Das sind jetzt die höchsten Steuersätze im Kreis Kleve. Die IHK Niederrhein warnt deutlich vor der Erhöhung der Gewerbesteuer, da es in Emmerich darauf ankommt, zusätzliche Investoren zu gewinnen und ansässigen Unternehmen optimale Rahmenbedingungen zu bieten. Die Gewerbesteuer-Erhöhung konterkariert diese Ziele und setzt falsche Signale. Durch die Erhöhung der Grundsteuer B werden alle Bürger - egal ob Hausbesitzer oder Mieter - stärker belastet.

Fakt ist auch, dass die Verschuldung keineswegs schrittweise gesenkt wird, sondern von 19,5 Mio. in 2006 auf 23,1 Mio. in 2007 und in der Spitze sogar auf 24,6 Mio. Euro massiv erhöht wird. Die höchste Verschuldung in der Geschichte Emmerichs - zu Lasten unserer Kinder und Enkelkinder.

Und das kann man nicht alleine mit dem Rückgang der Gewerbesteuer-Einnahmen entschuldigen, denn jahrelang haben wir gegen den Trend in der Bundesrepublik höhere Einnahmen gehabt und sie nicht richtig verwendet.

Durch die falsche Ausgabenpolitik der CDU-SPD-Allianz in den letzten Jahren - wie Alter Markt und Investitionen in Prestigeobjekte wie das von Touristen umlagerte Plakatmuseum - wurden nicht nur keine Rücklagen geschaffen sondern die vorhandenen Rücklagen sogar noch zusätzlich ausgegeben.

Und dabei haben wir die riesigen Zukunftsausgaben der Betuwe-Folgen noch vor der Brust.

Zurück zum Zahlenwerk:

Der Verwaltungshaushalt wird mit 3,1 Mio. aus dem Vermögenshaushalt finanziert, der aber dafür 3,8 Mio. Kredit aufnehmen muss.

Im Klartext: Laufende Kosten werden teilweise mit Krediten finanziert. Und nicht zu vergessen, rund 4,5 Mio. Einnahmen im Verwaltungshaushalt kommen ohnehin von den Emmericher Einwohnern und Unternehmen aus Zahlungen für Energie und Abwasser.

Auch der Landrat bemängelt in seinen Stellungnahmen zu den Haushaltssatzungen 2005 und 2006, dass der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes nur durch Rückzuführen vom Vermögenshaushalt erreicht wird. Es bleibt also abzuwarten, ob dieser Haushalt in der vorliegenden Form vom Landrat genehmigt wird oder ob Auflagen erfolgen.

Abschließend:

Der vorliegende Haushalt 2007 setzt die falsche Politik der CDU-SPD-Koalition fort und zeigt nun deutlich, was in den letzten Jahren passiert ist:

- Vermögen wurde abgebaut
- Schulden werden aufgebaut
- Rücklagen sind nicht mehr vorhanden
- Sparwille ist nicht erkennbar.

Für diese negative Entwicklung sind CDU-und SPD Fraktion und die Verwaltungsspitzen verantwortlich.

Ich wiederhole daher:

Diesem Haushalt kann und wird die BGE nicht zustimmen."

Mitglied Siebers, Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, das Ende des Tunnels ist schon sichtbar, meinte der Kämmerer, weil er davon ausgeht, dass das drohende Haushaltssicherungskonzept vermeidbar ist, indem er bis zum Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Kreditaufnahmen vorrechnet.

Während sich der eine im Tunnel wähnt und nur weiter bis zum Ausgang drängt, ziehen andere, die sehen, dass man sich in einer unübersichtlichen Höhle befindet, erst einmal die Notbremse; denn wer weiß, was alles im Dunkeln unserer Finanzlöcher passieren kann!

Nachdem meine Vorredner bereits das Zahlenwerk des diesjährigen Haushaltsplanentwurfs insgesamt kommentiert haben, möchte ich mich darauf beschränken, einige Aspekte zu beleuchten und unsere Stellungnahme dazu abzugeben.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich die Gewerbesteuerentwicklung in diesem Jahr nicht wie in den anderen Jahren positiv auf die Haushaltslage auswirkt. Stattdessen haben wir 4 Mio. € Einnahmen weniger als veranschlagt.

Dies gilt es zu verkraften, gerade weil der Ausgleich durch höhere Schlüsselzuweisungen erst im Jahr 2008 stattfindet.

Des Weiteren haben wir mit einer Einnahmenverschlechterung im Verwaltungshaushalt von insgesamt 2,8 Mio. € zu rechnen.

Es gibt mehrere Wege, wie wir dieser Situation begegnen können.

Zum einen ist selbstverständlich, dass eine Einnahmenerhöhung erforderlich wird. Diese wird durch Erhöhung der Grundsteuer und durch Anhebung der Gewerbesteuer erreicht und dieser Einnahmenerhöhung stimmen wir ausdrücklich zu.

Der andere Weg ist die Senkung der Ausgaben. Hier haben wir bereits unsere Bedenken in den Fachausschüssen zum Ausdruck gebracht. Wir halten die vorgesehenen Ausgabenkürzungen nicht alle für vernünftig.

Für uns wie für viele Emmericher Bürgerinnen und Bürger ist es nicht nachzuvollziehen, wenn eine Straße wie die Steinstraße ohne Not erneuert werden soll, obwohl die Haushaltslage derart angespannt ist, dass z. B. notwendige Investitionen in unseren Schulen wieder einmal verschoben werden müssen.

Das ist für uns keine „zurückhaltende Ausgabendisziplin“, wie der Herr Kämmerer meint, sondern hier werden falsche Prioritäten gesetzt.

Selbstverständlich hält niemand es für erfreulich, dass eine Nettoneuverschuldung erforderlich ist. Wir denken jedoch, dass dies für wichtige und notwendige Ausgaben gerechtfertigt ist.

Zu diesen Ausgaben zählt für uns allerdings nicht, die Steinstraße zu erneuern und dafür im Jahr 2007 50.000,-- € und im Jahr 2008 sogar 550.000,-- € auszugeben!

Zu diesen Ausgaben zählt für uns auch nicht, den Investor des Rheincenters mit 95.000,-- € zu unterstützen, nachdem sämtliche von ihm gemachten anderen Versprechungen wie z. B. die Ampelanlage an der Kreuzung Bahnhofstraße/Hafenstraße nicht eingehalten wurden.

Da unsere Anregungen zu einer anderen Ausgabenverteilung kein Gehör fanden und auch die Kürzung des Zuschusses an den Stadtsportbund nicht zurückgenommen wurde, können wir dem Haushalt 2007 nicht zustimmen. Dafür ist uns die Jugendarbeit, die im Stadtsportbund geleistet wird und dafür sind uns die Schülerinnen und Schüler in den Schulen zu wichtig.

Ausdrücklichen Dank möchte ich dem Herrn Kämmerer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit im letzten Jahr aussprechen.

Ich beende meine Rede mit einem Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss: Sparen ist die richtige Mitte zwischen Geiz und Verschwendung.

Da diese Mitte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Haushalt 2007 nicht richtig getroffen wurde, lehnen wir den Haushalt ab."

FDP-Ratsmitglied Kukulies:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, erst einmal möchte ich mich bei der Presse entschuldigen und bei der Schriftführerin, da ich nicht - wie es üblich ist - eine Haushaltsrede angefertigt habe, im vorhinein, da der Haushalt, nach einer Woche schon beschlossen war, nach den Statements von CDU und SPD, war ich da nicht sehr motiviert, eine ausgearbeitete Haushaltsrede hinzulegen.

Das soll nicht heißen, dass ich mich nicht mit dem Haushalt befasst habe, ich habe mich also eingehends mit dem Haushalt befasst und habe mir also für das Statement heute, einige kleine Stichpunkte gemacht.

Da ich im Laufe des Jahres also nicht die Möglichkeit hatte, den Bürgermeister zu loben oder ihn auch einmal für sein Arrangement zu danken. Er bemerkte also selbst bei der Einbringung des Haushaltes, dass wir also in Emmerich ein verbessertes Klima haben, dem kann ich zustimmen, will aber herausheben, dass es also zu sehr großen Anteilen und zwar das Wohlfühlverhalten in Emmerich zu den Bürgern auf die Bürgernähe des Bürgermeisters zurückzuführen ist. Wir haben einen sehr bürgernahen Bürgermeister, der also keine Gelegenheit - und dass ist nicht um sich selbst zu präsentieren - sondern ganz einfach versucht auch ein bisschen die Politik an der Basis darzustellen. Er erledigt viele kleine Sachen, wo er von Bürgern angesprochen wird, auf dem Dienstweg und er klärt die Probleme vor Ort. Es ist also so, dass dann der Bürger zu einer Akzeptanz kommt, ob er immer die Entscheidungen der Verwaltung und der Politik dann versteht, ist eine andere Sache.

Weniger positive Not möchte ich dem Bürgermeister in der Arbeit mit Verwaltung und Politik ausstellen. Hier ist es meiner Meinung nach ein noch ausreichend. Seine gute Position, die er in der Bürgerschaft hat, und da muss ich auch noch einmal ein bisschen auf die SPD zurückkommen - man versucht also mit der Reform, wo die CDU sage ich mal, eingeknickt ist, den Bürgermeister von den Parteien ein bisschen zu schützen. Ich meine unser Bürgermeister hat das nicht vor. Und sie werden auch einmal sehen, bei der nächsten Wahl, wie es aussieht, wenn ein Kandidat Ihrer Seite nur einstellige Prozentpunkte einführt. Also Ihre gute Position haben Sie hier nicht eingebracht, dass sieht man daran, dass wir in den vergangenen Jahren einen einstimmigen Haushalt hatten. Wir konnten alle zustimmen. Aber die gute Stimmung in Emmerich hat die beiden "großen", wir haben ja eigentlich drei "große" dazu bewogen, zeitig - und man wundert sich, wie man sich in der Kürze überhaupt so intensiv mit einem Haushalt befassen kann -, nach Gutsherrenart zu beschließen. Nach einer Woche schreibt eine Zeitung "der Haushalt ist durch". Wie kann man so arrogant sein und hier die Diskussion bewusst in den Ausschüssen unterdrücken. Hier wollte man auch, wie also auch Herr Beckschaefer bemerkte, Pflöcke einschlagen und eine offene Diskussion über viele Finanzierungen nicht mehr zulassen. Ich finde diesen Stil keinen guten Umgang mit dem Mitbewerber. Eigenartig finde ich dann natürlich, wenn die SPD-Fraktion über ihren Fraktionsvorsitzenden verlauten lässt, "wenn die wirtschaftliche Lage es denn dann zulassen würde, denkt man darüber nach, auch die Erhöhung der Gewerbesteuer wieder zurückzunehmen". Wenn das der liebe Gott gehört hat und sich gedacht hat, Emmerich wollen wir helfen, dann auf den Finanz- und Haushaltsplan schaut, dann wird er sich wohlweislich überlegen, ob er an manchen Stellen Brot regnen lässt oder eher Hirn.

Jetzt kommen wir aber zu dem eigentlichen Thema Haushaltsplan und hier habe ich auf bewährte Kritiker aus Reihen der Verwaltung zurückgegriffen. Und ich habe mir den Rechnungsprüfungsbericht des Jahres - wohlweislich 2005 - der also im Oktober 2006 veröffentlicht wurde, mal zur Hand genommen und mir so mal die fettgedruckten Sachen rausgestrichen, die denn dann in diesem Rechnungsprüfungsbericht stehen.

Ich möchte das vorlesen, auf den ersten Blick, sieht der oben dargestellte Abschluss aus, wie ein Muster aus einem Lehrbuch für Haushaltsrecht. So sieht der jetzige Haushalt vielleicht auch aus, aber, täglich grüßt das Murmeltier und nächstes Jahr werden wir auch in der Richtung ein Desavou erleben. Ich zitiere weiter, es ist unerfreulich, dass dieser erste Eindruck trägt. Wie in weiteren Analysen noch darzustellen sein wird, konnte dieser Ausgleich nur erreicht werden, durch ungewöhnlich hohe Gewerbesteuereinnahmen. Das Rechnungsprüfungsamt hält es für gewagt und da war der Haushalt 2006 mit gemeint und man kann jetzt nicht sagen, die Gewerbesteuer ist eingebrochen, ich habe mich auch von der allgemeinen Euphorie täuschen lassen und den letzten Haushalt mit abgesegnet, möchte mich auch noch nachträglich, sage ich einmal dafür ein bisschen entschuldigen. ... hält es für gewagt und daher haushaltsrechtlich für unzulässig davon auszugehen, dass sich die Einnahmen aus den Gewerbesteuern nachhaltig auf diesem hohen Niveau einpendeln werden. Sind wir alle davon ausgegangen, hat die Verwaltung diese Kritiker in eigenen Reihen nicht gehört? Ich zitiere weiter, es ist sicherlich richtig, dass sich die Konjunktur weiter positiv entwickelt. Es muss aber bezweifelt werden, ob dies nachhaltig zu hohen Gewerbesteuereinnahmen führt. Da helfen wir natürlich gerne nach, indem wir die dann erhöhen. Wie noch näher erläutert wird, wird ohne eine nachhaltige Konsolidierung der städt. Finanzen, insbesondere auf der Kostenseite, eine solide, nachhaltige, ausgeglichene Haushaltswirtschaft nicht zu erreichen sein. Weiter schrieb der Rechnungsprüfungsbericht auf Seite 32, Abs. 2, Satz 1, die Pflicht des Rechnungsprüfungsamtes ist es, wiederholt dringend zu empfehlen, die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes im Hinblick auf ihre grundsätzliche Notwendigkeit und Höhe zu prüfen. Diese Intensität sehe ich also auch in diesem Haushalt nicht.

Ich zitiere weiter, hier speziell Erlöse aus verkauften Grundstücken. Die Haushaltssituation zwang die Verwaltung dazu, alle möglichen Ausgaben auszuschöpfen und Einnahmen zu erzielen. Dazu gehört auch, das ehrgeizige Vorhaben, Grundstücke zu erlesen und der oben aufgezeigten Größenordnung zu realisieren. Wie schon in den Vorjahren, wurde das hochgesteckte Ziel nicht erreicht. In der Rückschau ist festzustellen, dass die Veranschlagung damit gegen das sog. Kassenwirksamkeitsprinzip verstößt. Ähnliche Luftbuchungen haben wir ja jetzt beim Tichelkamp. Die Verwaltung hat nicht widersprochen, das also nächstes Jahr keine Planung für den Tichelkamp stattfindet. Sie stellen bewusst 40.000 € bzw. erst 50.000 €, mittlerweile haben wir ja nur 40.000 € rein, um irgendwo, sage ich jetzt mal, irgendwann, irgendwelche Löcher und Wünsche der beiden "Regierenden" nachzukommen und zu stopfen. Dass es dann willkürlich ist, sieht man heute, da dem Antrag für den VfB Rheingold ja nicht entsprochen wurde. Ich zitiere weiter aus dem Rechnungsprüfungsbericht, aber das Prinzip Hoffnung wird nicht immer zu einem glücklichen Ende führen, so wie das philosophische Gerüst und ich zitiere dann auch Ernst Bloch ganz gerne, sich auf Dauer nicht tragfähig erweist, so wird ein Haushaltsausgleich, der allein auf derartigen Mehreinnahmen abgestellt ist, auf Dauer nicht stabil sein. Also auch diese Mehreinnahmen über die Gewerbesteuer... Der Haushalt der Stadt Emmerich am Rhein bedarf einer nachhaltigen Konsolidierung. Diese, so wie es die Finanzplanung zeigt, oder der Finanzplan, ist auch nicht gegeben. Wieder, warum hören wir nicht auf die Kritiker in den eigenen Reihen. Verwaltung und Rat sollten die Chance ergreifen, bei den noch vorhandenen Gestaltungsspielräumen die Weichen selbst zu stellen. Stattdessen wird ein Haushalt der Verwaltung - und da spreche ich speziell Rat und die beiden Großen an, die beiden entscheidenden Großen - die Leute, die gerne Verantwortung tragen, aber dazu kommen wir natürlich später. Stattdessen wird fast unwidersprochen ein Haushaltsplan hingenommen und mal eben so innerhalb einer Woche abgearbeitet und abgesegnet. Und jetzt kann man also die Jahreszahlen, ich zitiere weiter aus dem Prüfungsbericht, praktisch die Zahlen eins wie das andere austauschen. Die Analyse der Zuführung kann aber leider nicht mit einer positiven Aussage enden.

Der Haushaltsplan und hier steht jetzt 2006, wir können dieses aber beliebig durch 2007 ändern, weist in seinen Schlussbemerkungen auf Seite 21, das brauchen wir nicht ändern, das ist auch die Seite 21 im neuen Haushalt, dass der Verwaltungshaushalt in den Finanzplanungsjahren bis 2009, ergänzen wir jetzt logischerweise durch 2010, nicht gänzlich aus eigener Finanzkraft ausgeglichen werden kann, sondern dass immer noch Einnahmen des Vermögenshaushaltes aus der allgemeinen Rücklage und aus Vermögensveräußerungen zum Ausgleich zwingend notwendig sind. Wie schon mehrfach ausgeführt, ist diese Entwicklung sehr bedenklich, das sehen wir auch so.

Ich möchte jetzt auch nicht weiter zitieren, ich habe da noch ein paar Statements zu dem Kassenwirksamkeitsprinzip, aber hier die abschließende Empfehlung lautet ..die Stadt Emmerich zukünftig eine Nettoneuverschuldung zu vermeiden. Auch dieses ist im Finanzplan nicht zu sehen und auch nicht gegeben.

Ich komme so langsam zu Ende. Zusätzliche Gründe für meine Ablehnung, die ich jetzt nicht weiter herausstreichen muss, sind eben die Anhebung der Gewerbesteuer und Grundsteuer. Ich frage mich, wie optimistisch man hier sein muss, wenn man 2008 mit einem Auge auf das Bundeswehr-Gelände schaut und dann nach Investoren sucht. Dann fehlte mir in diesem Jahr bzw. die Entscheidung auch dazu, wie können wir Gelder generieren. Hier wurde eine Diskussion meiner Meinung nach ein bisschen fahrlässig geführt. Können wir Planungskosten eigenleisten? Wie sieht es aus mit der Generierung von Geldern und hierzu hatten wir speziell im Rahmen SOS einen Antrag der BGE. Wie ist die Diskussion gelaufen über das Bahnübergangsbeseitigungskonzept? Haben wir Einsehen gehabt? Sind wir von unserer Linie abgewichen und haben Einzellösungen angenommen, um so Gelder zu regenerieren oder zu generieren. Die Bahn hat angeboten für den Tichelkamp Geld zur Verfügung zu stellen. Und wie gesagt, was mich stört, mittlerweile wahrscheinlich auch wie wir letztens gehört haben, in den Eigenbetrieben üblich, werden hier auch Luftbuchungen vorgenommen. Tichelkamp, Kassenwirksamkeitsprinzip, Maßnahmen, die gar nicht anstehen, werden eingeschrieben. Also da gibt es einige Sachen, die zum Nachdenken bzw. nicht zu einem spontanen ja führen. Und letztendlich ist es die Steinstraße, da denke ich an eine Mutter, die von dem Vater angehalten wird, Schulbücher auf dem Flohmarkt zu beschaffen, während der Vater darüber nachdenkt, neue Steine zu bestellen für die Auffahrt, da die Farbe der Steine ja nicht zu dem Auto passt.

Ein Schussstatement habe ich noch - ich weiß, es ist schwer mir zuzuhören - aber deswegen habe ich auch keine Rede geschrieben, die kann man dann hinterher nicht nachlesen. Zu Ihrer Einbringung noch einmal, das nehme ich den zweiten vor dem ersten Satz, die Haushaltslage ist nicht geeignet populistische Vorteile daraus zu ziehen. Die Parteien, die eine Woche nach Einbringung ganz gutsherrenartig verkünden lassen, der Haushalt ist durch. Wenn das kein Populismus ist, dann weiß ich das nicht. Und es dient nicht der Sache - davon sprachen Sie - wenn man sich aus politischen Erwägungen heraus, anders positioniert auch wenn man keine politische Verantwortung tragen muss. Wir sind aber verantwortungsbewusst. Die Leute, die hier am Tisch sitzen, und sagen deshalb nein. Wir bzw. ich von der FDP sage auch nein zu diesem Haushaltsplan. Ich würde aber ganz gerne, weil wir hier sehr verantwortungsbewusste Leute haben, die Fraktionsvorsitzenden auffordern, ganz klar zu bekennen, dass wir ab 2010, ganz klar ein ja oder nein reicht, man braucht nicht rumreden mit wenn und aber, 2010 einen ausgeglichenen Haushalt mit Überschuss ohne Nettoneuverschuldung haben. Das würde ich gerne - wenn Verantwortung da ist, den Fraktionsvorsitzenden abringen. Ich bedanke mich fürs Zuhören, einen schönen Abend noch."

Der Vorsitzende lässt nun über die Anträge der Mitglieder Gertsen und Diekman, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat beschließt

1. die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2007 mit Haushaltsplan und Anlagen:

**Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein
für das Haushaltsjahr 2007**

Aufgrund der §§ 77 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Ersten Teils des Gesetzes vom 3. Mai 2005 (GV.NRW S. 498) hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein mit Beschluss vom 27.03.2007 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	43.907.388 EUR
	in der Ausgabe auf	43.907.388 EUR
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	9.614.354 EUR
	in der Ausgabe auf	9.614.354 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2007 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf 3.800.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 2.913.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2007 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2007 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 220 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 400 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer
nach dem Gewerbeertrag auf | 425 v.H. |

§ 6

1. Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben. Über- und außerplanmäßige Ausgaben ab 25.000 EUR im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 82 GO NW.

Zahlungen nach § 22 GemHVO, kalkulatorische Kosten, Innere Verrechnungen sowie Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.

2. Als geringfügig i.S.v. § 82 Abs. 1 Satz 6 GO NW gelten über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zu 5.000 EUR.
3. Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S.v. § 80 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NW wird auf 5 v.H. der Ausgaben des Haushaltsjahres festgesetzt.
4. Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S.v. § 80 Abs. 3 Ziffer 1 GO NW wird auf 2 v.H. der Ausgaben des Vermögenshaushaltes festgesetzt.
5. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 25.000 EUR gelten gem. § 84 Abs. 1 GO NW i.V.m. § 82 Abs.1 Satz 5 GO NW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

§ 7

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke „künftig umzuwandeln“ (ku) und „künftig wegfallend“ (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

2. **den Stellenplan 2007**
3. **das Investitionsprogramm 2007 – 2010**

Beratungsergebnis: 22 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**9 02 - 14 0634/2007 Touristik-Agentur NiederRhein GmbH ;
hier: Künftige Ausrichtung**

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat nimmt die Überlegungen des Kreises Kleve zur Integration der TAN GmbH in die Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH zustimmend zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**10 05 - 14 0619/2007 Parkraumbewirtschaftungskonzept Innenstadt Emmerich
am Rhein;
hier: Grundsatzbeschluss**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat beschließt das anliegende „Parkraumbewirtschaftungskonzept für die Innenstadt von Emmerich am Rhein“ als bestimmendes Grundkonzept für eine optimierte Nutzung des in der Innenstadt vorhandenen Parkraumes und eine damit einhergehende Verbesserung der Erreichbarkeit der Innenstadt. Das Konzept soll im Jahr 2007 umgesetzt werden.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**11 15 - 14 0633/2007 Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der
Gleichstellungsbeauftragten**

Mitglied Hövelmann bedankt sich für die von der Gleichstellungsbeauftragten geleistete Arbeit und stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Mitglied Siebers schließt sich dem Gesagten an und würde es begrüßen, wenn die Ratsfrauen sich zu einem Treffen zusammenfinden würden.

Der Vorsitzende lässt über den gestellten Antrag abstimmen.

Der Rat nimmt den Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten zur Kenntnis

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

12 70 - 14 0623/2007 Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein ; hier: 5. Nachtragssatzung

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt

- die in der Begründung genannten Ausführungen zustimmend zur Kenntnis und
- beschließt die als Anlage 1 gekennzeichnete 5. Nachtragssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein .

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

13 70 - 14 0624/2007 Neufassung der Beitragssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt

- die in der Begründung genannten Ausführungen zustimmend zur Kenntnis und
- beschließt die als Anlage 1 gekennzeichnete Neufassung der Beitragssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

14 70 - 14 0632/2007 Änderung der Anlage zur Straßenreinigungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein vom 13.12.2006 ; hier: 1. Nachtragssatzung

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt

1. die in der Begründung genannten Ausführungen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und
2. die als Anlage 1 gekennzeichnete 1. Nachtragssatzung zur Straßenreinigungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein vom 13.12.2006.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

IV. Anträge an den Rat

15 03 - 14 0617/2007 Betriebskostenzuschuss der Stadt an PAN Förderverein e. V.

Mitglied Beckschaefer teilt mit, dass seine Fraktion der Stellungnahme der Verwaltung entnimmt, dass die Verwaltung der Ansicht ist, dass zur Zeit alles in Ordnung ist und nichts überprüft werden muss. Seine Fraktion nimmt das zur Kenntnis und wird weiterhin die Situation beobachten.

Die Mitglieder des Rates nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis

1. Entsprechend des zwischen PAN e.V. und der Stadt Emmerich am Rhein geschlossenen Nutzungsvertrages ist der Verein „verpflichtet, das Museum einschließlich anderer dazu erforderlicher Einrichtungen in der für dieses Museum typischen Weise dauerhaft und nachhaltig zu betreiben“ bzw. „geöffnet zu halten“.

Korrespondierend zu dieser umfassenden Aufgabe hat sich die Stadt Emmerich am Rhein über § 6 Ziffer 6 des genannten Vertrages insoweit gebunden, als das sie zu den Betriebskosten (§ 6 Ziffer 1 Nutzungsvertrag) einen „Kostenzuschuss von

3,50 DM/ monatlich pro m² Nutzfläche und der anteiligen Gemeinschaftsflächen und Technikräume“ zu zahlen hat.

Einerseits errechnete sich der vorgenannte Wert nach (objektiven) Festlegungen der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), andererseits ist er im Sinne einer verfahrensmäßigen bzw. wirtschaftlichen Betrachtung pauschaliert worden.

Eine derartige Festsetzung eines Gesamtbetrages schließt eine (ggf. sogar regelmäßige / jährliche) Neubestimmung tatsächlich angefallener Kosten schon begriffsmäßig aus. Eine Prüfung im Sinne einer genauen Kostenbestimmung, eine ggf. nachfolgende Neuabrechnung und - konsequenterweise - eine entsprechende Nachforderung der einen oder anderen Vertragspartei sind damit gerade nicht gewollt gewesen. Für ein Hinterfragen der städtischen Leistung „Betriebskostenpauschale“ aufgrund eines Verstoßes gegen den „Grundsatz von Treu und Glauben“ bzw. aufgrund „missbräuchlicher Rechtsausübung“ seitens PAN e.V gibt es keine Anhaltspunkte.

Jenseits dieser grundsätzlichen Betrachtung legt PAN e.V für Bestimmung , Abrechnung und Haushaltsstellenzuordnung der Kostenanteile „Museum“ (§ 6 Ziffer 6 Nutzungsvertrag, („53.984,- € Haushaltsplanentwurf 2007“)), „2. OG“ (§ 6 Ziffer 1 Pachtvertrag) sowie „Bistro“ jährlich eine Kostenabrechnung aller Nebenkosten ebenso vor wie die die verschiedenen Kostengruppen (Gas, Wasser, Strom etc.) betreffenden Originalrechnungen. Originalrechnungen, Aufstellung der Nebenkosten, Kostenanteile und städtische Leistung stehen dabei in Korrespondenz zueinander.

Für die begehrte Prüfung gibt es mithin keinen Ansatzpunkt.

2. Aufgrund der (laufenden) vertraglichen Bindung sieht die Verwaltung keine Möglichkeit, die Zuschussbeträge mit einem Sperrvermerk zu versehen; zumal PAN e.V. aufgrund der mit der Stadt geschlossenen Verträge nachfolgende Verbindlichkeiten (z.B. Wartungsverträge, Verträge mit Energielieferanten, Vertrag mit dem Hausmeister etc.) eingegangen ist.

16 Mitteilungen und Anfragen

1. Termine für Sitzungen des Rates und "Rosa Sitzung";
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass für die Zurverfügungstellung entsprechender Mittel für den Ausbau 'Hinter dem Schinken' entsprechende Ratsbeschlüsse von der Verwaltung benötigt werden.

Aus diesem Grund hat die Verwaltung für den 24.04.2007 eine außerordentliche Ratsitzung und für den 18.04. eine "Rosa Sitzung" vorgesehen.

Die entsprechenden Einladungen werden den Mitgliedern fristgerecht übersandt

2. Termine Budgetbericht sowie Einbringung des Haushaltes 2008;
hier: Mitteilung vom Stadtkämmerer Siebers

Stadtkämmer Siebers teilt aufgrund der Umstellung des städtischen Haushaltes auf das NKF zum 01.01.2009 sowie im Oktober 2007 der Beginn des Einführungsprozesses der neuen Software "SAP Kommunalmaster" folgende Termine mit:

Vorstellung des 1. Budgetberichtes 2007 im Rat am 5. Juni 2007 (anstelle HFA).

Aufgrund der Umstellung auf die neue Software "SAP Kommunalmaster" wird auf den zweiten Budgetbericht (Oktober 2007) verzichtet.

In der HFA-Sitzung erfolgt nur eine mündliche Kurz-Info über die Finanzentwicklung.

Die Einbringung des Haushalt 2008 ist aufgrund der o. g. Umstellungen für den 11.12.2007 vorgesehen. Danach erfolgen die Beratungen in den Fachausschüssen und abschließend im Haupt- und Finanzausschuss am 29.01.2008 sowie die Verabschiedung im Rat 12.02.2008

Anfragen

1. Schließung des Bahnhofes in Praest;
hier: Anfrage von Mitglied Hövelmann

Mitglied Hövelmann fragt nach der möglichen Schließung des Bahnhofes Praest und was die Verwaltung dagegen übernimmt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung, da heute diesbezüglich eine Sitzung im NVN stattfindet, eine Stellungnahme mit dem Inhalt abgegeben hat, dass die Stadt nicht mit der Schließung des Bahnhofes in Praest einverstanden ist.

Der Vorsitzende geht davon aus, dass in Kürze weitere Gespräche diesbezüglich stattfinden werden.

2. Notfallplan für die bevorstehende Rheinpromenadeneröffnung;
hier: Anfrage von Mitglied Diekman

Auf entsprechende Anfrage von Mitglied Diekman teilt die Verwaltung mit, dass ein entsprechender Notfallplan mit allen Betroffenen (Ordnungsamt, Feuerwehr, Notärzte, Polizei, Wasserschiffahrtsamt etc.) erarbeitet worden ist.

17 Einwohnerfragestunde

1. Bänke auf der Rheinpromenade;
 hier: Anfrage von Herrn Becker

Auf entsprechende Anfrage von Herrn Becker bezieht sich der Vorsitzende auf die
Stellungnahme der Verwaltung zu Tagesordnungspunkt 5.

Die Verwaltung ist nach wie vor der Auffassung, dass nach einer Beobachtungsphase bzw.
nach Eröffnung der Rheinpromenade über dieses Thema noch einmal beraten werden
muss, ob ggfs. weiterer Ausstattungsbedarf gegeben ist.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 18.25 Uhr, nachdem keine weiteren
Wortmeldungen vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin